



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 30.10.2008	Beginn 17:00 Uhr	Ende 19:05 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Flüshöh, Oliver
Grüntker, Hermann
Gutknecht, Werner
Hannuschka, Lutz
Hens, Bernd
Kampschulte, Matthias
Kurek, Martin
Lusebrink, Hans-Otto
Nockemann, Frank
Rant, Siegmар
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Schaumburg, Carsten
Steuernagel, Rolf
Zeilert, Hans-Jürgen
Ferrara, Santo
Hortolani, Frauke Dr.
Kick, Hans-Werner
Oehl, Heinz
Philipp, Gerd
Schier, Peter
Schmidt, Detlef
Schwabe, Bernd Ulrich
Stobbe, Jochen
Strelow, Martin
Tempel, Gabriele
Werner, Gudrun
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Rindermann, Horst
Weidenfeld, Uwe
Kappelhoff, Petra Viola
Kranz, Jürgen
Sieker, Dieter
Bachert-Heute, Heike
Bockelmann, Christian Dr.
Sattler, Karin
Siepmann, Ernst Walter
Heumann-Wasserkamp, Kerstin

Schwunk, Michael
Stark, Wolfgang

Vorsitzender

Steinrücke, Jürgen Dr.

stellv. Vorsitzende

Sartor, Christiane

stellv. Vorsitzender

Dresen, Günther

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Esser, Meinhard

Fischer, Rudolf

Guthier, Wilfried

Kaltenbach, Rosemarie

Kuss, Jürgen

Neuburg, Hanspeter

Voß, Jürgen

Schriftführer/in

Heringhaus, Petra

Abwesend:

Mitglieder

Heinemann, Manfred

Rüttershoff, Karen

Schomburg, Christina

Willcke, Angelika

Rippa, Andreas

Crämer, Thorsten

Zu Beginn der Sitzung stellt der Bürgermeister fest, dass der Rat ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Herr Dr. Steinrücke schlägt folgende Änderung / Ergänzung der Tagesordnung vor:

- Tagesordnungspunkt A 14 SWG-Antrag vom 16.09.08 : „Alternativ-Antrag Bädersituation – Bürgerbegehren“ entfällt, da der Antrag in der Sitzung des Hauptausschusses am 16.10.08 zurückgezogen wurde.
- Neuer Tagesordnungspunkt A 14: Ergänzungsvorlage 184/2008/1 Antrag der Fraktionen BfS, CDU und SWG vom 28.10.08 „Weiterführung des Schwelmebades“
- Neuer Tagesordnungspunkt A 14.1: Vorlage 184/2008 Antrag der Fraktionen BfS, CDU und SWG vom 14.10.08 „Weiterführung des Schwelmebades“
- Neuer Tagesordnungspunkt A 15: Vorlage 197/2008 „Verwaltungsstrukturreform“
- Neuer Tagesordnungspunkt A 16: Vorlage 199/2008 „Konzept über die Neuordnung des städtischen Gebäudemanagements / Immobilienmanagements“

Herr Dr. Steinrücke informiert über das von den Initiatoren des Bürgerbegehrens eingereichte verwaltungsgerichtliche Verfahren, per einstweiliger Anordnung dem Rat Beschlüsse in Sachen Bäder bis zum Abschluss der Zulässigkeitsprüfung zum Bürgerbegehren zu untersagen. Durch Beschluss des Verwaltungsgerichts Arnsberg wurde dieser Eilantrag heute abgelehnt, so dass einer Beratung und Beschlussfassung der Vorlagen nichts entgegen stehe.

Auf Nachfrage wird Herrn Philipp erläutert, dass die Niederschrift der Ratsitzung vom 11.09.08 in den Fächern zwar ausliege, in der heutigen Sitzung aber noch nicht genehmigt werden solle.

Herr Philipp bittet, die Tagesordnungspunkte zum Thema Bäder A 13 und A 14 neu gemeinsam zu beraten. Er weist darauf hin, dass die Änderung des Antrages in der Vorlage 184/2008/1 noch nicht beraten werden konnte. Herr Dr. Steinrücke erläutert, dass es sich um keine weitreichende inhaltliche sondern lediglich um eine textliche Veränderung handle. Herr Kick kann die Auswirkungen der Änderung nicht abschätzen. Herr Stobbe beantragt, die Vorlagen „Bäder“ von der Tagesordnung abzusetzen und zu vertagen.

Nach Diskussion wird der Antrag der SPD Fraktion, die Vorlagen „Bäder“ von der Tagesordnung zu nehmen und in der nächsten Sitzung zu beraten abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	20
	dagegen:	23
	Enthaltungen:	

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Die vorgeschlagene Änderung der Tagesordnung wurde genehmigt.

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Genehmigung der berechtigten Niederschrift der Ratssitzung vom 29.04.08
- 2 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung
- 3 Mitteilungen der Bürgermeisters
- 4 Herstellung von öffentlichen Erschließungsanlagen gem. 154/2008
125 Abs. 2 BauGB - Planungsbeschluss für die Luisenstraße (von Blumenstraße bis Ende)
- 5 Bebauungsplan Nr. 79 "Zamenhofweg" 155/2008
1. Beschlussfassung über § 3.1 BauGB
2. Beschlussfassung über § 4.1 BauGB
3. Beschluss zur öffentlichen Auslegung gem. § 3.2 BauGB
4. Beschluss zur Beteiligung der Behörden u. sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4.2 BauGB
- 6 Bildung einer Einigungsstelle nach dem Landespersonalvertretungsgesetz NW 159/2008
- 7 Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen - Betriebskostenanteile an freie Träger der Kindertageseinrichtungen 172/2008
- 8 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen -Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen- 164/2008
- 9 Beteiligung eines strategischen Partners an der WSW Energie & Wasser AG 168/2008
- 10 Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans für die Stadt Schwelm 170/2008
- 11 Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel für die Beschaffung von Hardware für Schwelmer Schulen - Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GONW 167/2008

12	1. Satzung zur Änderung der Unternehmenssatzung der TBS AöR	138/2008/1
13	Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90 Die Grünen vom 11.09.08: Zum Umgang mit dem Bürgerbegehren	166/2008/1
13.1	Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90 Die Grünen vom 11.09.08: Zum Umgang mit dem Bürgerbegehren	166/2008
14	Antrag der Fraktionen von BfS, CDU und SWG vom 14.10.2008: Weiterführung des Schwelmebades	184/2008/1
14.1	Antrag der Fraktionen von BfS, CDU und SWG vom 14.10.2008: Weiterführung des Schwelmebades	184/2008
15	Verwaltungsstrukturreform	197/2008
16	Konzept über die Neuordnung des städtischen Gebäudemanagements / Immobilienmanagements	199/2008

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Genehmigung der berichtigten Niederschrift der Ratssitzung vom 29.04.08

Die berichtigte Niederschrift vom 29.04.08 wird genehmigt.

- 2 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung

Herr Behle richtet einzelne Fragen zum Thema „Bäder“ an verschiedene Ratsmitglieder. Herr Dr. Steinrücke bemerkt, dass er große Zweifel habe, ob dieser Tagesordnungspunkt nach der Gemeindeordnung dazu bestimmt sei, in dieser Form Fragen zu stellen. Es werde mit den Fraktionen überlegt werden, diesen Tagesordnungspunkt durch entsprechende Regelungen in der Geschäftsordnung des Rates zu strukturieren.

Ein Anwohner der Kölner Str. fragt, wann mit einer Ersatzbepflanzung für die dort gefällte Kastanie gerechnet werden könne. Herr Dr. Steinrücke wird kurzfristig mit der Gesellschaft Nachbarschaft Oberstadt anhand einer Liste möglicher Bäume mit entsprechenden Abbildungen das Thema besprechen. Die Pflanzung könne noch im November erfolgen.

Herr Schwunk fragt, ob die Information aus der Kreisverwaltung, der Fragenkatalog der SPD Fraktion zum Rechnungsprüfungsamt sei bereits beantwortet, richtig sei. Herr Voß stellt klar, dass die Kreisverwaltung an der Beantwortung der Fragen beteiligt wurde und der Entwurf zur Zeit abgestimmt werde. Eine Stellungnahme zu dem Antrag sei daher noch nicht erfolgt.

Herr Schwunk bittet, dass die Politik in den Prozess der Einrichtung eines Personaldienstleistungszentrums mit eingebunden werde.

Herr Dr. Steinrücke und Frau Kaltenbach berichten den aktuellen Sachstand. Es habe sich in der Zwischenanalyse gezeigt, dass nicht alle Personaldienstleistungen kooperationsfähig seien und sich weitere Problemfelder wie die Standortfrage oder auch die Entwicklung des Einsparpotenzials ergeben haben.

Herr Dr. Steinrücke sagt eine gemeinsame Berichtsvorlage mit den beteiligten Kommunen zu.

- 3 Mitteilungen der Bürgermeisters

Herr Dr. Steinrücke erläutert, dass mit der Vorlage 130/2008 bei der HHST 01.01.13/0016.785110 (Sicherungsmaßnahmen IT – Bereich) insgesamt 39.000 € überplanmäßig bewilligt und durch Minderauszahlungen bei 01.01.13/0002.785110 (Hochbauinvestitionen VG I) in Höhe von 27.500 € und bei 01.01.13/0057.785110 (Weitere Hochbauinvestitionen Realschule in Höhe von 11.500 € gedeckt wurden. Nunmehr werden die Mittel in Höhe von 27.500 € für die Installation einer Brandmeldeanlage benötigt.

Nach Auskunft der TBS kann die Haushaltsüberschreitung in voller Höhe durch Minderauszahlungen bei 01.01.13/0057.785110 (Weitere Hochbauinvestitionen Realschule) gedeckt werden.

Die Deckung der bei HHST 01.01.13/0016.785110 (Sicherungsmaßnahmen IT – Bereich) bewilligten Haushaltsüberschreitung in Höhe von 39.000 € wird danach wie folgt geändert:

Deckung: Minderauszahlungen bei 01.01.13/0057.785110 (Weitere Hochbauinvestitionen Realschule).

Herr Voß gibt bekannt, dass der Zuschussantrag zur Förderung von Energiesparmaßnahmen im Gymnasium nicht in das Förderprogramm aufgenommen worden sei.

- 4 Herstellung von öffentlichen Erschließungsanlagen gem. 154/2008
125 Abs. 2 BauGB - Planungsbeschluss für die
Luisenstraße (von Blumenstraße bis Ende)

Beschluss:

Dem Entwurf vom 25.08.2008 für den endgültigen Straßenausbau der Luisenstraße (Blumenstraße bis Ende) wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Planentwurf für die Dauer von zwei Wochen im Fachbereich 5 zu jedermanns Einsicht und Äußerung öffentlich auszulegen und mit den berührten Trägern öffentlicher Belange abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
dafür
dagegen:
Enthaltungen:

- 5 Bebauungsplan Nr. 79 "Zamenhofweg" 155/2008
1. Beschlussfassung über § 3.1 BauGB
2. Beschlussfassung über § 4.1 BauGB
3. Beschluss zur öffentlichen Auslegung gem. § 3.2
BauGB
4. Beschluss zur Beteiligung der Behörden u. sonstiger
Träger
öffentlicher Belange gem. § 4.2 BauGB

Herr Weidenfeld bezieht Stellung zu dem Projekt und hebt hervor, dass die breite Bürgeraufklärung die Akzeptanz in der Bevölkerung gesichert habe.

Herr Kranz weist darauf hin, dass im Hauptausschuss über die Hauptanbindung über die Lessingstr. gesprochen wurde und der Verkehr nur in Ausnahmefällen über den Zamenhofweg geleitet würde.

Beschluss:

1. Die während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs.1 BauGB vorgebrachten Anregungen werden wie in der Sitzungsvorlage 155/2008 dargestellt, abgewogen.
2. Die während der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB abgegebenen Stellungnahmen werden, wie in der Sitzungsvorlage 155/2008 dargestellt, abgewogen.

3. Gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 79 „Zamenhofweg“, einschließlich der Entwurfsbegründung und der textlichen Festsetzungen (Anlagen zur Sitzungsvorlage Nr. 155/2008) beschlossen.

Es liegen Informationen zu folgenden umweltrelevanten Aspekten vor:

- Stadtökologischer Fachbeitrag

Diese Unterlagen können während der Offenlegung eingesehen werden.

Von der Regelung des § 4 a Abs. 6 BauGB, dass unter den darin genannten Voraussetzungen Stellungnahmen, die nicht innerhalb der Offenlegungsfrist abgegeben werden, unberücksichtigt bleiben, wird Gebrauch gemacht.

Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke (Stand 02.09.2008) Gemarkung Schwelm, Flur 21, Flurstücke 387 (387.), 511 (tlw.), 545, 546, 547 und 596 (tlw.).

4. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des Planentwurfes zu Bebauungsplan Nr. 79 „Zamenhofweg“ die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung, durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
dafür
dagegen:
Enthaltungen:

befangen: Dr. Steinrücke

6 Bildung einer Einigungsstelle nach dem Landespersonalvertretungsgesetz NW 159/2008

Beschluss:

Für die Dauer der Wahlperiode des Personalrates bei der Stadt Schwelm vom 01.07.2008 bis 30.06.2012 werden für die zu bildende Einigungsstelle gemäß § 67 Abs. 1 LPVG im Einvernehmen mit dem Personalrat als

Vorsitzender:

Herr Gerretz, Arbeitsgerichtspräsident beim Arbeitsgericht Herne

Stellvertretender Vorsitzender:

Herr Dr. Jansen, Arbeitsrichter beim Arbeitsgericht Dortmund berufen.

Die Zahl der Beisitzer/innen wird im Einvernehmen mit dem Personalrat auf 14 festgesetzt.

Gemäß § 67 Abs. 1 LPVG werden vom Rat folgende Beisitzerinnen und Beisitzer benannt:

Frau Ute Bolte	Technische Betriebe Schwelm
Frau Christa Dowidat	Fachbereich 2
Frau Marion Mollenkott	Fachbereich 3

Herrn Meinhard Esser Fachbereich 4
Herrn Rudolf Fischer Rechnungsprüfungsamt
Herrn Wilfried Guthier Fachbereich 6
Herrn Jürgen Kuss Fachbereich 3

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
 dafür
 dagegen:
 Enthaltungen:

7 Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen - 172/2008
 Betriebskostenanteile an freie Träger der
 Kindertageseinrichtungen

Beschluss:

Bei der Buchungsstelle 06.01.03.531800 - Betriebskostenanteile an freie Träger der Kindertageseinrichtungen - werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 389.000,- € bewilligt.

Die Deckung ist durch

Minderaufwendungen/-auszahlungen bei den Buchungsstellen

05.03.01.533114 -Sonstige Mieten-	in Höhe von	30.000,- €,
05.03.01.533116 -Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse-	i. H. v.	50.000,- €,
05.03.01.533123 -Sonstige Mieten-	i.H.v.	20.000,- €,
05.03.01.533125 -Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse	i.H.v.	50.000,- €

und

Mehrerträge/-einzahlungen bei den Buchungsstellen

06.01.03.448100 – Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen v. Land	i.H.v.	139.000,-€
06.01.03.432100 – Benutzungsgeb. und ähnliche Entgelte	i.H.v.	59.000,- €
05.03.01.421100 – Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	i.H.v.	41.000,-€

gewährleistet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
 dafür
 dagegen:
 Enthaltungen:

8 Bewilligung von überplanmäßigen 164/2008
 Aufwendungen/Auszahlungen -Soziale Leistungen an
 natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen-

überplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Beschaffung von Hardware für Schwelmer Schulen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
dafür
dagegen:
Enthaltungen:

12 1. Satzung zur Änderung der Unternehmenssatzung der TBS AöR 138/2008/1

Beschluss:

Die 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Schwelm für das Kommunalunternehmen „Technische Betriebe der Stadt Schwelm, Anstalt öffentlichen Rechts“ wird entsprechend dem Entwurf zur Vorlage 138/2008/1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
dafür
dagegen:
Enthaltungen:

13 Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90 Die Grünen vom 11.09.08: Zum Umgang mit dem Bürgerbegehren 166/2008/1

Die Tagesordnungspunkte A 13, A 13.1, A 14 und A 14.1 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

13.1 Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90 Die Grünen vom 11.09.08: Zum Umgang mit dem Bürgerbegehren 166/2008

siehe Vorlage 166/2008/1

14 Antrag der Fraktionen von BfS, CDU und SWG vom 14.10.2008: Weiterführung des Schwelmebades 184/2008/1

Herr Gießwein erinnert an die Entwicklung der beiden Anträge. Er befürwortet einen offenen Prozess, in dem alle Bädervarianten mit Experten geprüft und an dem die Bürger beteiligt werden sollten. Er bemängelt, dass es für den geänderten BfS, CDU und SWG Antrag keine Beratungsmöglichkeit gegeben habe.

Herr Flühöh erläutert, warum nach seiner Auffassung das Bürgerbegehren durch heutige Beschlussfassungen nicht berührt werde. Der geänderte Antrag solle den

Trägerverein unterstützen und sei nicht mehr nur auf einen Nutzungsvertrag beschränkt. Die Verwaltung solle diesen weitergehenden Antrag prüfen; über eine konkrete Lösung solle später abgestimmt werden.

Herr Phillip erläutert, warum seine Fraktion dem BfS, CDU und SWG Antrag nicht zustimmen werde. Er sehe keine Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Anträgen, da „ergebnisoffen“ von beiden Gruppen unterschiedlich interpretiert werde.

Herr Schwunk sieht für den Erhalt des Schwelmebades nur eine Chance, wenn alle Parteien, Vereine etc. an einem Strang ziehen würden. Den BfS, CDU und SWG Antrag halte er für zu vage. Für ihn sind die Punkte 3 und 4 wesentlich, nämlich die Projektbeteiligung der beiden Trägervereine, der Politik und der Bürger, um ggf mit Experten eine Lösung zu finden

Herr Dr. Steinrücke sieht nach wie vor Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Anträgen. Eine interfraktionelle Beratung konnte er wegen des Eilantrages nicht wie beabsichtigt herbeiführen. Es müsse dem Trägerverein ein Signal gegeben werden, dass der Betrieb des Schwelmebades mit bürgerschaftlichem Engagement und kommunaler Unterstützung angestrebt werde und die Einzelheiten noch beraten werden müssten.

Herr Gießwein erläutert die Gründe des Eilantrages, da befürchtet werde, dass ohne Beteiligung des Rates Vertragsverhandlungen durchgeführt werden würden. Er möchte an das Ende des ergebnisoffenen Prozesses mit Bürgerbeteiligung einen Ratsbürgerentscheid über die verschiedenen möglichen Varianten setzen.

Herr Dr. Steinrücke erläutert auf Bitte der Frau Dr. Hortolani den Begriff der Befangenheit und stellt fest, dass er sie nicht als befangen ansieht.

Nach weiterer Diskussion bittet Herr Schwunk um eine Sitzungsunterbrechung.

Sitzungsunterbrechung von 18:45 Uhr bis 18:55 Uhr.

Herr Schunk beantragt getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte des Antrages zu Tagesordnungspunkt A 14.

Abstimmung Vorlage 166/2008/1: Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP „Zum Umgang mit dem Bürgerbegehren“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	20
	dagegen:	22
	Enthaltungen:	

befangen: Herr Siepmann

Getrennte Abstimmung über die verschiedenen Punkte der Vorlage 184/2008/1 Antrag der Fraktionen von BfS, CDU und SWG „ Weiterführung des Schwelmebades“

Ziffer 1: Der Rat spricht sich dafür aus, dass der TVS (Trägerverein Schwelmebad e.V.) oder eine aus ihm hervorgehende Gesellschaft die Möglichkeit erhält, das Schwelmebad langfristig (mindestens 5 Jahre) als Bürgerbad zu betreiben. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Rechnungsprüfungsamt, der Gemeindeprüfungsanstalt/einem Wirtschaftsprüfer, der Aufsichtsbehörde sowie dem TVS eine vertragliche Lösung hierfür zu entwickeln, die sicherstellt, dass das wirtschaftliche Eigentum beim TVS liegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig:
dafür 25
dagegen: 17
Enthaltungen:

befangen: Herr Siepmann

Ziffer 2: Der TVS soll unter Wahrung der Voraussetzungen unter Punkt 1 einen städtischen Zuschuss von jährlich bis zu 50.000 € für den technischen Erhaltungsaufwand des Bäderbetriebs und die Kosten des Fachpersonals erhalten. Der Zuschuss wird erstmalig im Haushaltsjahr 2009 gewährt. Erforderlichkeit und Angemessenheit des Zuschusses werden auf der Basis eines Verwendungsnachweises/Businessplans ermittelt. Der Zuschuss wird im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig:
dafür 22
dagegen: 20
Enthaltungen:

befangen: Herr Siepmann

Ziffer 3: Die Verwaltung wird beauftragt, in den Vertragsverhandlungen darauf hinzuwirken, dass der TVS verpflichtet wird, alle im Zusammenhang mit dem Betriebsobjekt relevanten Normen, insbesondere Vorschriften und Richtlinien über die Unterhaltung und den Betrieb von Schwimmbädern, Unfallverhütungs- und Hygienevorschriften sowie die Vorschriften für die Verkehrssicherungs- und Aufsichtspflicht während des Badebetriebes zu beachten. Die Verwaltung wird beauftragt, in den Vertragsverhandlungen darauf hinzuwirken, die Einhaltung der Vorschriften und Richtlinien jederzeit überprüfen zu können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig:
dafür 22
dagegen: 20
Enthaltungen:

befangen: Herr Siepmann

14.1 Antrag der Fraktionen von BfS, CDU und SWG vom 14.10.2008: Weiterführung des Schwelmebades 184/2008

siehe Vorlage 184/2008/1

15 Verwaltungsstrukturreform

197/2008

Herr Dr. Steinrücke weist darauf hin, dass die Informations- und Pressestelle versehentlich auf Seite 2 der Präsentation nicht genannt und der Fehler berichtigt werde.

nur Einbringung

16 Konzept über die Neuordnung des städtischen
Gebäudemanagements / Immobilienmanagements

199/2008

nur Einbringung

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 15 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 03.11.08

Schriftführerin

Der Bürgermeister

Petra Heringhaus

Dr. Jürgen Steinrücke